

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den Oberbürgermeister

Herrn Thomas Eiskirch

BVZ/Rathaus, Raum 2060  
Gustav-Heinemann-Platz 2-6  
44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296  
eMail: linksfraktion@bochum.de  
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 14.09.2022

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum  
zur 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. September 2022**

## **Informationskampagne zu Hilfen gegen Energiekrise**

Neben notwendigen Hilfspaketen durch die Stadt, den Bund und das Land könnte auch eine Informationskampagne der Stadt zu bereits bestehenden Hilfsangeboten einen wichtigen Beitrag zur Abfederung der Folgen der Energiekrise für Bochumer Haushalte mit geringem Einkommen leisten. So ist zum Beispiel die Zahl derjenigen, die Wohngeld beantragen, bisher deutlich geringer als der Kreis der Anspruchsberechtigten. Diese Diskrepanz wird bei sich zuspitzenden Energie- und Lebensmittelpreisen ein noch größeres Problem darstellen. Eine weitere Hilfsstellung, die bisher noch zu wenig bekannt ist, ist die Inanspruchnahme von Leistungen des Jobcenters in dem Monat, in welchem eine durch die Energiepreissteigerung stark gestiegene Nebenkostenabrechnung fällig wird. So besteht die Möglichkeit einen Antrag nach SGB II oder SGB XII beim Jobcenter bzw. beim Sozialamt zu stellen und so den Anspruch auf Übernahme der Neben- und Heizkostenabrechnung geltend zu machen. Bisher weist die Stadt auf ihrer Homepage nicht bzw. zumindest nicht gut sichtbar auf diese Möglichkeiten hin.

**DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum fragt an:**

1. Plant die Verwaltung eine Informationskampagne, die auf alle vorhandenen Unterstützungsangebote zur Abfederung der Folgen der Energiekrise für Haushalte mit geringem Einkommen hinweist?
  - a. Wenn ja, wann wird diese der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt?  
Mit welchem Budget ist die Kampagne unterlegt?
  - b. Wenn nein, warum verzichtet die Verwaltung auf diese Möglichkeit?

2. Warum verzichtet die Verwaltung bisher auf ein markantes Informationsangebot zur Energiekrise analog zum „Corona-Virus“ und zum „Krieg gegen die Ukraine“ auf der Stadthomepage (s. Anlage)? Sind hier Änderungen geplant?
3. Welche Informationsangebote der Stadt gibt es, die auf die Hilfsangebote wie Wohngeld, die Übernahme von Neben- und Heizkostenabrechnung durch das Jobcenter etc. hinweisen? Welche analogen und digitalen Informationskanäle werden genutzt?
4. Wie schätzt die Verwaltung den Erfolg dieser städtischen Informationsangebote ein? Werden alle potenziell betroffenen Bochumer:innen erreicht?

Wir bitten darum, die Antwort auch dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Kenntnis zu geben.

Gültaze Aksevi / Horst Hohmeier  
Fraktionsvorsitzende

Anlage zu Frage 2:



Quelle: Stadthomepage